

Inland

Den Anschluss im Kampf gegen die Folter verpasst

Wegen des langsamen Vorgehens von Bundesrat Blocher steht die Schweiz abseits, wenn das von ihr angeregte Uno-Kontrollregime gegen Folter in Kraft tritt.

Von Bruno Vanoni, Bern

Alles Drängen aus dem Parlament und die breite Unterstützung des Anliegens hat nichts genützt: Die Schweiz gehört als eigentliche Initiantin des Zusatzprotokolls zur Anti-Folter-Konvention nicht zu den ersten 20 Ländern, die dieses Abkommen ratifizieren und damit am 22. Juni in Kraft setzen. Wie die internationale Vereinigung zur Verhütung von Folter (APT) letzte Woche bekannt gab, haben Bolivien und Honduras die Liste der benötigten 20 Vertragsstaaten komplett gemacht.

Damit hat die Schweiz ihr erklärtes Ziel verpasst, unter diesen 20 Ländern zu sein und so auf internationaler Ebene mit dem guten Beispiel im Kampf gegen die Folter voranzugehen. Das Zusatzprotokoll verpflichtet die mitmachenden Länder, ein Uno-Gremium jederzeit zu Kontrollbesuchen in Gefängnissen und Polizeistationen zuzulassen. Zudem soll jeder Vertragsstaat eine unabhängige Fachinstanz unterhalten, welche die korrekte Behandlung eingesperrter Personen überwacht.

Im März noch beschönigt

Dass dieses Kontrollregime gegen den Willen der USA in einem Uno-Abkommen geregelt werden konnte, war vom Bundesrat einst als «Erfolg» für die Schweizer Aussenpolitik gefeiert worden. Doch Justizminister Christoph Blocher wollte nach seinem Amtsantritt die Ratifizierung vertagen. Dann liess er anderthalb Jahre verstreichen, bis er einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung in die Vernehmlassung schickte. Als die Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi als Präsidentin der parlamentarischen Gruppe für Menschenrechte zu rascherem Vorgehen drängte, beschied der Bundesrat im letzten März offensichtlich beschönigend: Es sei «nicht ausgeschlossen», dass die Schweiz unter den ersten 20 Vertragsstaaten sein werde.

Nun hat die internationale Entwicklung den Bundesrat Lügen gestraft. Immerhin muss er in neuesten Antworten auf freisinnige Vorstösse aus National- und Ständerat anerkennen, dass die Vernehmlassung breite Unterstützung für eine rasche Ratifikation und innerstaatliche Umsetzung ergeben hat. Mit Ausnahme der SVP seien alle Parteien, die Kantone, die Mehrheit der Wirtschaftsverbände und 16 weitere Organisationen dafür.

Mehr noch: Auf Grund der ungeduldigen Interpellationen von Ständerat Dick Marty und Nationalrätin Martine Brunschwig Graf muss der Bundesrat einräumen, dass seine Minimalvorschläge für die Finanzierung und Ausgestaltung der nationalen Anti-Folter-Kommission «in erster Linie kritisiert» worden sind. Konkret werde ein gesetzlicher Anspruch der Kommissionsmitglieder auf Entschädigung verlangt. Gefordert werde auch ein ständiges Kommissionssekretariat. Und mehrere

Stellungnahmen hätten Vorschläge unterbreitet, wie die Unabhängigkeit des Kontrollgremiums besser gesichert werden kann.

Blocher «muss zurückkriechen»

Er werde die eingegangenen Stellungnahmen «gebührend» berücksichtigen, verspricht der Bundesrat. Und er bekräftigt seine Ankündigung, dem Parlament noch dieses Jahr die Ratifizierung samt Umsetzungsgesetzgebung vorzuschlagen. Für Nationalrätin Müller-Hemmi zeigt die bundesrätliche Antwort, dass Blocher mit seinem Widerstand nun endlich «zurückkriechen muss».